



Brüssel, den 30. Juni 2025
(OR. en)

10767/25

Interinstitutionelle Dossiers:

2023/0208(COD)

2023/0211(COD)

2023/0212(COD)

EF 219

ECOFIN 872

UEM 339

CONSOM 121

CODEC 895

ECB

VERMERK

Absender: Vorsitz

vom 30. Juni 2025

Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat

Betr.: Vermerk des Vorsitzes zum Paket zur einheitlichen Währung für die
Tagung des Rates (Wirtschaft und Finanzen) im Juli

Vermerk des Vorsitzes zum Paket zur einheitlichen Währung für die Tagung des Rates (Wirtschaft und Finanzen) im Juli

I. EINLEITUNG

Die Kommission hat am 28. Juni 2023 ein Paket aus drei Verordnungsvorschlägen vorgelegt, das Paket für eine einheitliche Währung, das sich auf folgende Bereiche erstreckt:

- die Einführung des digitalen Euro,
- die Erbringung von Diensten im Zusammenhang mit dem digitalen Euro durch Zahlungsdienstleister mit Sitz in Mitgliedstaaten, deren Währung nicht der Euro ist,
- Euro-Banknoten und Euro-Münzen als gesetzliches Zahlungsmittel.

Das übergeordnete Ziel des Pakets umfasst somit drei Aspekte: i) die erforderlichen EU-Rechtsvorschriften festzulegen, um die Einführung des digitalen Euro für den Massenzahlungsverkehr als Ergänzung zur Barzahlung und die wichtigsten diesbezüglichen Elemente zu regeln; ii) der Binnenmarktdimension des digitalen Euro Rechnung zu tragen, indem die Bedingungen festgelegt werden, unter denen Zahlungsdienstleister außerhalb des Euro-Währungsgebiets Dienste im Zusammenhang mit dem digitalen Euro erbringen können; iii) die Vorschriften über den Anwendungsbereich und die Wirkung von Bargeld als gesetzliches Zahlungsmittel in der EU zu erlassen, um der Öffentlichkeit zu versichern, dass die Euro-Banknoten und -Münzen auch künftig im gesamten Euro-Währungsgebiet weithin zugängliche und akzeptierte Zahlungsmittel bleiben werden.

II. SACHSTAND

Unter spanischem, belgischem, ungarischem und polnischem Ratsvorsitz wurden bei einer Vielzahl wichtiger Frage ganz entscheidende Fortschritte erzielt, etwa beim Entschädigungsmodell für den digitalen Euro, der Verbreitung des digitalen Euro, auch außerhalb des Euro-Währungsgebiets, der Verbesserung der Widerstandsfähigkeit und Vorsorge der Zahlungssysteme in der EU durch die Einführung des digitalen Euro, dem Status des digitalen Euro bzw. der Euro-Banknoten und -Münzen als gesetzliches Zahlungsmittel und dabei, für ein Höchstmaß an Schutz der Privatsphäre und des Datenschutzes für die Nutzer des digitalen Euro zu sorgen, insbesondere durch die innovativen Offline-Funktionen. Die Euro-Gruppe leistet kontinuierlich substanzielle Beiträge zu wichtigen Themen mit politischer Dimension, insbesondere zur Governance und zum Entscheidungsprozess in Bezug auf den Verfügungsrahmen und den endgültigen Beschluss über die Einführung des digitalen Euro.

Würden die Mitgliedstaaten dem Ziel, im Jahr 2025 eine allgemeine Ausrichtung zu erreichen, zustimmen und sich diesem verpflichten, so wären weitere Fortschritte in diesen Fragen notwendig, und die Mitgliedstaaten müssten ihren jeweiligen Sachverständigen klare Mandate erteilen, damit die Beratungen auf Gruppenebene abgeschlossen werden können und dem Rat (Wirtschaft und Finanzen) ein Kompromiss zum Paket zur einheitlichen Währung zur Beschlussfassung vorgelegt werden kann.

III. ORIENTIERUNGSAUSSPRACHE

Der dänische Vorsitz ersucht den Rat, eine Orientierungsaussprache zu führen, um den Weg für eine allgemeine Ausrichtung zum digitalen Euro und zum gesamten Paket zur einheitlichen Währung im Jahr 2025 zu ebnen. Die Ministerinnen und Minister werden ersucht, sich auf der Tagung des Rates (Wirtschaft und Finanzen) zu folgenden Fragen zu äußern:

1. Sind Sie mit dem Ziel einverstanden, im Jahr 2025 zu einer Einigung im Rat über den digitalen Euro und das gesamte Paket zur einheitlichen Währung zu gelangen?
2. Stimmen Sie zu, dass die wichtigsten noch offenen Fragen die Governance in Bezug auf den Verfügungsrahmen und die Entscheidung über die Einführung des digitalen Euro, den Schutz der Privatsphäre und die Entschädigung betreffen?
3. Sehen Sie weitere wichtige politische Fragen, die ebenfalls auf Ministerebene geprüft werden müssten?
